

Wien, am 3. März 2026

Dienstzeitmanagement: Sicherheit darf kein Sparmodell auf dem Rücken der Polizei werden

Wenn über Sicherheitspolitik gesprochen wird, ist die Erwartungshaltung klar: Mehr Präsenz, raschere Reaktionszeiten und eine Polizei, die dann verfügbar ist, wenn sie gebraucht wird. Diese Zielsetzung wird auch im Beitrag der Zeitschrift „Kommunal“ mit dem Titel „Mehr Polizei, wenn es drauf ankommt“ durch Innenminister Karner vertreten. Doch zwischen politischer Botschaft und dienstlicher Realität klafft eine Lücke — und genau dort beginnt die Verantwortung der FSG/Klub der Exekutive gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die täglich für Sicherheit sorgen.

Der von Innenminister Karner vorgestellte Anspruch einer modernen, flexibleren Polizeiarbeit klingt schlüssig. Niemand bestreitet, dass sich Einsatzlagen verändern, gesellschaftliche Entwicklungen neue Anforderungen bringen und Polizeiorganisationen darauf reagieren müssen. **Modernisierung darf jedoch nicht mit Belastungsverschiebung verwechselt werden.**

Der uns vorliegende Erlassentwurf zum neuen Dienstzeitmanagement zeigt deutlich, dass organisatorische und budgetäre Herausforderungen zunehmend über Dienstpläne gelöst werden sollen — und damit über jene Kolleg:innen, die diese Dienste tatsächlich leisten.

Mehr Wochenenddienste werden als familienfreundlich bezeichnet. Wer jedoch das gesellschaftliche Leben außerhalb politischer Präsentationen kennt, weiß: Familienleben, soziale Kontakte und Erholung finden überwiegend an Wochenenden statt. **Eine Ausweitung der Plandienstwochenenden bedeutet daher nicht mehr Vereinbarkeit, sondern weniger gemeinsame Zeit mit Familie und sozialem Umfeld.** Begriffe verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn ihre praktische Wirkung das Gegenteil bewirkt.

Noch deutlicher wird der **Widerspruch bei der Einkommenssituation**. Die geplante Reduktion der Journaldienststunden stellt für viele Kolleginnen und Kollegen eine **strukturelle Einkommensverschlechterung** dar. Über Jahre hinweg wurden Wohnfinanzierungen, familiäre Verpflichtungen und persönliche Lebensentscheidungen auf Basis stabiler Einkommen getroffen. Wer diese Grundlage verändert, greift unmittelbar in Lebensrealitäten ein.

Eine moderne Personalpolitik erkennt Erfahrung und Einsatzbereitschaft als Wert an. Sie reduziert nicht jene Einkommensbestandteile, die über Jahre hinweg selbstverständlich eingefordert wurden, nur um kurzfristige budgetäre Effekte zu erzielen.

Auch die **Einschränkung bewährter 24-Stundendienste** wird mit gesundheitlichen Argumenten begründet. Gesundheit ist zweifellos ein hohes Gut. Doch Gesundheit entsteht nicht durch geringere Planbarkeit, mehr Wochenendarbeit und wirtschaftliche Unsicherheit. Gerade im Exekutivdienst sind längere zusammenhängende Erholungsphasen ein zentraler

**Dein Team in der Polizeigewerkschaft**1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 1
buero@polizeigewerkschaft.at

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen

Faktor für psychische Stabilität und Einsatzfähigkeit. Wer diese Realität ignoriert, riskiert langfristig Motivation, Erfahrung und Bindung qualifizierter Bediensteter.

Die [FSG/Klub der Exekutive](#) hält daher fest: **Sicherheitspolitik darf kein Sparmodell werden.** Effizienzsteigerung ist legitim — solange sie nicht einseitig auf Kosten jener erfolgt, die bereits seit Jahren steigende Anforderungen, gesellschaftliche Spannungen und wachsende Einsatzbelastungen tragen.

Polizistinnen und Polizisten erwarten keine Sonderbehandlung. Sie erwarten Fairness, Planbarkeit und Respekt gegenüber ihrer Leistung. Dazu gehört die freiwillige Beibehaltung bewährter 24-Stundendienste ebenso wie der Erhalt eines ausgewogenen Wochenenddienstsystems und stabiler Einkommensstrukturen.

Gerade in Zeiten zunehmender Herausforderungen braucht die Polizei Vertrauen innerhalb der eigenen Organisation. Dieses Vertrauen entsteht nicht durch Erlässe, sondern durch Dialog, Einbindung der Personalvertretung und nachvollziehbare Entscheidungen.

Mehr Polizei „wenn es darauf ankommt“ wird es nur dann geben, wenn auch auf die Polizei Verlass ist — und auf jene politischen Entscheidungen, die ihre Arbeit ermöglichen sollen.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Noschiel

Fraktionsvorsitzender



Dein Team in der Polizeigewerkschaft

1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 1
buero@polizeigewerkschaft.at

